

Von Schurken, Aufständischen und der Terrorismuskeule

Wie man in den Philippinen Innere Sicherheit buchstabiert

von Niklas Reese

Wieder einmal spielt Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo — kurz GMA — Chamäleon. Aus Ate Glo, der älteren Schwester, wird eine Eiserne Lady, die keinen Spaß versteht und dem Verbrechen den Kampf ansagt. In ihrer jährlichen Regierungserklärung (SONA) Ende Juli verkündet sie ihr neues Leitbild, die «starke Republik».

Starke Republik, damit meint GMA einen Staat, der unabhängig von Einzel- und Klasseninteressen ist, mit einer arbeitsfähigen Verwaltung und funktionierenden öffentlichen Institutionen (auf Newspeak: Good Governance). Die Regierung soll (nur?) die grundlegenden Dienste erbringen, die nur der Staat gewährleisten könne. »Eine starke Republik ist da für die Schwachen, die Armen, die Arbeitslosen, die Hungrigen, die Gefährdeten und die Unterdrückten«, so Arroyo.

Doch eine starke Republik soll auch Recht und Ordnung schaffen. Nur so, meinte die Präsidentin einige Tage früher, könne das erschütterte Vertrauen der Wirtschaft in die philippinische Ökonomie wieder aufgebaut werden. In einem Land, in dem die Hälfte des Haushalts in den Schuldendienst fließt und die Reichen kaum Steuern zahlen, so lautet wohl die Logik, kann nur das private Kapital Entwicklung bringen. Also ruft Arroyo zum »Krieg gegen Verbrechen und Terror« auf. Ein Krieg gegen das Glücksspiel und die Entführungsbanden, gegen Schmuggler und Drogenhändler. Doch damit nicht genug: »Kriminelle sind Kriminelle«, so Arroyo, »ob sie von der üblichen Art sind und aber von der Sorte, dass sie im Namen ihrer politischen Ziele töten.«

Am 5. August kommt heraus, was sie damit meint; sie erklärt der

kommunistischen Bewegung den »allumfassenden, unerbittlichen Krieg«. Die Militärverbände, die gerade noch — angeblich erfolgreich — im Rahmen der sechsmonatigen militärischen »Übung« Balikatan (Schulter an Schulter) mit der US-Armee auf Basilan in den Südphilippinen die Abu Sayyaf bekämpft haben, werden in die Hochburgen der kommunistischen Guerilla, der New Peoples Army (NPA), auf der nördlichen Hauptinsel Luzon verlegt.

Die NPA und mit ihnen die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) haben zahllose gewaltsame Akte gegen Militär und Zivilbevölkerung verübt, erklärt Arroyo zur Begründung ihres Krieges. Sie haben öffentliche Einrichtungen in Brand gesetzt, zahlreiche Firmen erpresst und Politiker wie auch Zivilpersonen, mit denen sie nicht übereinstimmen, ermordet, so Arroyo.² »Das betrachten wir als terroristische Akte.« So ruft sie »alle Bürger/innen (auf), im Kampf gegen die CPP/NPA tätig zu werden und die Regierungsprogramme für Marktwirtschaft, Good Governance, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung zu unterstützen, um so die Wurzeln des bewaffneten Konflikts anzugehen.«³

Auf die Kampfansage Arroyos hat die CPP sofort reagiert. Die Parteiführung erklärte aus dem Exil im holländischen Utrecht, man werde mit Aktionen ökonomischer Sabotage reagieren und Produktionseinrichtungen bombardieren, darunter Kraft-

werke und Stromleitungen. Besonders amerikanische Truppen und andere amerikanische Interessen werde man ins Visier nehmen.

Kommunisten = Terroristen

Anfang August bereiste der amerikanische Außenminister Powell Südostasien. Und schloss mit den ASEAN-Staaten einen Anti-Terror-Pakt. Manila war seine letzte Station.⁴ Kaum nach Washington zurückgekehrt, setzte Powell am 9. August die CPP und die NPA als 34ste Organisation auf die Liste der ausländischen Terrororganisationen, die das US-Außenministerium als Gegnerinnen im »globalen Krieg gegen den Terror« betrachtet. Begründung: »Die CPP will die philippinische Regierung durch einen Guerillakrieg stürzen, lehnt jegliche amerikanische Präsenz in den Philippinen entscheiden ab und hat bereits US-Bürger ermordet. (Den letzten im Jahre 1989 — die Red.) Die Gruppe hat zudem einige philippinische Bürger/innen getötet, verletzt und entführt, darunter Regierungsbeamte.« 55 Millionen Dollar hat Powell Manila für ein »Hilfspaket zur Terrorismusbekämpfung« zugesagt. (30 Millionen Dollar unter der Maßgabe, dass die Philippinen dem Internationalen Strafgerichtshof nicht beitreten.⁵ Terrorismusbekämpfung und Aufstandsbekämpfung gelten jetzt als eins.⁶

Niklas Reese ist Geschäftsführer des philippinenbüros im Asienhaus.

Mittlerweile hat neben der amerikanischen Regierung auch die niederländische und britische die Konten der CPP sperren lassen. Ob des weiteren die zahlreichen Führungskader der CPP — unter ihnen die Schlüsselfigur Jose Maria Sison — aus den Niederlanden abgeschoben werden, bleibt abzuwarten.

Das philippinische Militär (AFP) kann von den Früchten des Manövers Balikatan zehren. Von den Amerikanern mit modernen Waffen, Aufklärungsmitteln und Transportinfrastruktur ausgerüstet und in dessen Gebrauch ausgebildet, kann es Ernst machen mit dem, was ihre Generäle schon im Januar ankündigten: Nach den Abu Sayyaf ist die NPA dran.

Die NPA ist auf fast allen Inseln der Philippinen aktiv. Sie verfügt wieder über 11000 Bewaffnete (1995 waren es nur 6000) und landesweit immer noch über beträchtliche Unterstützung in der Bevölkerung. Das Militär geht davon aus, dass landesweit 2262 Dörfer unter dem Einfluss der NPA stehen (1995 waren es nur 445).

Und ihr Einfluss dürfte wachsen. Denn »solange wir eine Gesellschaft haben, in der die Hälfte arm ist, die Hälfte hungrig und die Hälfte unterdrückt, wird die Grammatik des Aufstands bestehen, so der Kolumnist Teodoro Benigno. »Da kann man keinen Frieden erwarten. Der Boden ist fruchtbar, dass man sich der Revolution anschließt.«

Ab Oktober wird an der »zweiten Front im Kampf gegen den weltweiten Terror«, zu der George Bush die Philippinen im Januar erklärte, für vorerst neun Monate weitergekämpft: Im Rahmen von »Balikatan 2« werden AFP und US-Armee in den nördlichen Landesteilen Visayas und Luzon am lebenden Exempel den Einsatz gegen die NPA »üben«.

Ob eine bewaffnete Revolution noch der richtige Weg ist, die Gesellschaft zu befreien, darüber ist die philippinische Linke zerstritten. Und die Methoden der NPA finden nicht ungeteilte Zustimmung.⁷ Trotz allem, die »nationaldemokratische« Bewegung (NDs) ist keine terroristische und auch keine kriminelle Vereinigung wie die Abu Sayyaf, sondern eine politische Bewegung mit einem politischen Programm und politischen Zielen, die auf viele Menschen im Land attraktiv wirkt. Die zahllosen

Basisorganisationen, im ganzen Land aktiv, sind Beweis dafür. Die NDs sind das größte Sammelbecken für enttäuschte, verärgerte und radikalisierte Kräfte. Mit internationalem Terror hat das nichts zu tun.⁸

Das ND-Programm — eine umfassende Landreform, die nicht an den Toren der Großgrundbesitzer/innen Halt macht, eine Industrialisierungsstrategie, die auf Binnenwirtschaft setzt statt auf Weltmarktorientierung, tiefgreifende Demokratisierung statt Elitendemokratie, der Aufbau eines tragfähigen sozialen Netzes u.a.m. — stellt aber eine Gefahr für den Status Quo dar. Eine solcherart gestärkte Ökonomie und Gesellschaft sieht Arroyos »starke Re-

royo die Gegner/innen des Militäreinsatzes auf Basilan als »Liebhaber der Terroristen« denunziert. Der Antikommunismus von gestern ist der Antiterrorismus von heute.

Radikale Opposition in Gefahr?

»Der Trend scheint zu sein«, so der Journalist Sonny Africa, »die Unterschiede zwischen Terrorismus und Kriminalität, Rebellion und Banditentum, politischer Arbeit und Rowdytum, politischen Überzeugungen und religiösem Fundamentalismus zu verwischen.«

Besonders Organisationen aus dem ND-Spektrum geraten unter Terrorismusverdacht. Etwa die Parteiliste Bayan Muna und der Gewerkschaftsverband KMU. Im letzten Jahr sind 39 Funktionäre von Bayan Muna und des nationaldemokratischen Netzwerkes Bayan von Militär und Polizei ermordet worden, alle 39 wurden zuvor von den Sicherheitskräften als Sympathisant/innen oder gar Kämpfer der NPA bezeichnet.⁹

Unverblümt bringt es ein Kommentar in der Manila Times vom 13. August 2002 auf den Punkt: »Die kommunistische Bewegung in den Philippinen ist aus Gruppen zusammengewürfelt, die zwei Ziele verfolgen: Erstens, Geld durch die Erpressung von Revolutionssteuern zu machen. Zweitens, die Regierung zu terrorisieren, um sie zum Aufgeben zu zwingen. Ihr Werkzeug: Abgeordnete von Parteilisten im Parlament, die Massenmedien, Nichtregierungsorganisationen (hauptsächlich Menschenrechtsgruppen), einige Nonnen und Priester, Studierende und ähnliche Leute.«

Ein hochrangiger Militär äußert sich ähnlich: »Man muss nicht nur auf die Organisationen achten, denn ihre Mitglieder mischen sich mit legalen Organisationen. Achte auf ihre Verlautbarungen und du weißt, wer zu ihnen gehört.« Kritische politische Arbeit bedeutet wieder Gefahr für Leib und Leben.

Militär und Polizei dürften Arroyos Botschaft so verstehen: Die radikale Linke ist (wieder) als vogelfrei zu erachten, die Jagdsaison ist eröffnet — böse Erinnerungen an die Marcoszeit und Corazon Aquinos totalem Krieg gegen die CPP Ende der



publik« nicht vor. Ihren neoliberalen Kurs — pro Weltmarkt, Deregulierung und Privatisierung — will sie beibehalten. Dass (reale) Freiheit und Demokratie viel mehr von ökonomischen Expansionsinteressen und gesellschaftlichen Strukturdefiziten eingeschränkt und bedroht sind, ist ihr egal.

Als »Terrorismus« scheint immer mehr das zu gelten, was die westliche Lebensweise und die Interessen der Herrschenden weltweit, allen voran die der Amerikaner/innen, gefährdet. »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« — so George Bush. Als Schurke gilt da, wer sich nicht fügt. In diesem Sinne hatte Präsidentin Ar-

Achtziger. » Frau Arroyos Erklärung, wer kommunistisch ist und wer nicht, kann Tod oder Folter für viele Menschen bedeuten«, so der Vorsitzende von Bayan, Teddy Casiò.

»Wer ist als nächstes dran?«, fragt Ric Reyes, Präsident der radikal-demokratischen Parteiliste Akbayan, einst ein leitender Kader der CPP. Auch progressive Einzelpersonen und Organisationen jenseits der NDs werden in die Nähe des Terrorismus gerückt. Schon im Juli erklärte Arroyo, die Polizei solle bei Demonstrationen nicht länger dem Grundsatz »maximaler Toleranz« folgen. Sie warf progressiven politischen Organisationen vor, die staatliche Menschenrechtsverletzungen kritisierten (siehe: *Das nächste Afghanistan?*, S.80 in *südostasien 2/2002*), sie würden bloß »legitime politische Anliegen vortäuschen« und als Schutzschild für Terroristen und Kriminelle fungieren. Am 5. August hatte sie auch radikale Gewerkschaften zu ihren Gegnerinnen erklärt. »Wir werden auch gegen die Krieg führen, die Fabriken terrorisieren, welche Arbeitsplätze schaffen.«¹⁰

Indem die Regierung missliebige politische Gegner/innen als »terroristisch« etikettiere — so Amando Doronilla, könne sie sich nun extreme Mittel erlauben, selbst die Beschneidung von zivilen Grundrechten. Vorbildhaft dafür die USA, wo des Terrorismus Verdächtige zuweilen gar der Zugang zu Anwalt/innen untersagt wird und Schnellverfahren vor Sondergerichten für sie vorgesehen sind.¹¹

Imee Marcos, Tochter von Ferdinand Marcos, hat in jüngster Zeit im Repräsentantenhaus vier Gesetzesentwürfe eingebracht, die sich das amerikanische Anti-Terror-Gesetz, den United States Patriot Act, zum Vorbild genommen haben. Sie sehen u.a. vor, dass selbst eine Demonstration als terroristischer Akt betrachtet werden kann, weil »Öffentlichkeit und Regierung eingeschüchtert und zur Erfüllung von Forderungen gezwungen werden sollen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung untergraben wird.« Vorbild für das geplante Anti-Terror-Gesetz, das Arroyo auf den Weg bringen möchte?

Das asiatische Netzwerk FORUM-ASIA befürchtet, dass »Ter-

rorismusbekämpfung« in Südostasien zu verstärkten Menschenrechtsverletzungen führen wird und die demokratische Opposition zum Schweigen bringen soll. »Staatliche Behörden haben lange Zeit politische Dissidenten und soziale Aktivisten als Terroristen einsortiert und Einstellungen, die von denen der Regierungen abweichen, als Gefahr für die öffentliche Sicherheit eingestuft.«

Recht und Ordnung wie auch nationale Sicherheit sind immer verführerische Begründungen für autoritäre Regierungen gewesen, ein Blick nach Indonesien, Singapur oder Malaysia belegt das. Marcos hat die Einführung des Kriegsrechts 1972 ähnlich begründet. Er sprach von einer zunehmenden Unordnung im

»Staatliche Behörden haben lange Zeit politische Dissidenten und soziale Aktivisten als Terroristen einsortiert und Einstellungen, die von denen der Regierungen abweichen, als Gefahr für die öffentliche Sicherheit eingestuft.«

Land und der Gefahr einer kommunistischen Revolution. Das Land sei gefangen zwischen »gesetzlosen Elementen und Verbrecherbanden« und »kommunistischen Unruhestiftern«, so Marcos damals. Der Diktator stellte sich als einen Mann der Mitte dar, der die Nation vor den Extremen retten werde. Anfangs konnte er damit vor allem die Mittelklasse gewinnen, die sich von beiden bedroht fühlte.

Cop Gloria auf Tour

Kein Tag vergeht, an dem Arroyo nicht medienwirksam bei der Kriminalitätsbekämpfung mitmischte und mit Verdächtigen posierte. An einem Tag hebt sie in der Hauptstadt ein Drogenlabor mit aus, am nächsten macht sie eine Entführungsban-

de in der Nachbarprovinz Bulacan dingfest. Schnell wird noch ein Foto für die Titelseiten geschossen, die Leiche eines der Bandenmitglieder noch mit im Bild. Schon am Nachmittag ist sie mit von der Partie, als zwei Polizisten verhaftet werden, die Autofahrer erpresst haben sollen. Dann ab zum Flughafen, um am nächsten Tag in General Santos City im Süden der Philippinen beim Abfackeln eines Marihuanafeldes mit im Bilde zu sein. Im Vorüberfahren nimmt sie noch an der Vorführung eines Bankangestellten durch die Kriminalbehörden teil, der an Steuerhinterziehung beteiligt sein soll.

Dem Oberverwaltungsdirektor der Hauptstadtregion Metro Manila hat Arroyo ihre volle Unterstützung bei dessen Kampagne gegen illegale Straßenhändler/innen zugesagt. Dieser hat die Polizei angewiesen, die Waren der Straßenhändler/innen mit Kerosin anzuzünden, um diese von den Gehsteigen zu vertreiben. Er begründet dies mit der Politik der »zerborstenen Fensterscheiben« — ein Terminus aus dem Arsenal von New Yorks Null-Toleranz-Paradigma unter Bürgermeister Guilliani. Nur wer gegen jegliches kleine Vergehen einschreite, könne den Flächenbrand der Kriminalität verhindern. Im Klartext: Die Überlebensökonomie wird kriminalisiert.

Vor lauter Aktionismus scheint GMA vergessen zu haben, dass es zu den rechtsstaatlichen Standards gehört, jemanden für unschuldig zu erachten, bis in einem ordentlichen Gerichtsverfahren das Gegenteil bewiesen wurde. Die Gegner/innen werden zu einem bedrohlichen Phantom aufgeblasen, schließlich aber nichts als kleine Fische und »das Fußvolk der Kriminalität« hinter Gitter gebracht, so der Kolumnist und Soziologe Randy David: kleine Diebe, Schmuggler und Geldfälscher. Die organisierte Kriminalität, in die nicht selten einflussreiche Politiker/innen und Geschäftsleute verwickelt sind, aber floriert weiter. Das Glücksspiel Jueteng, das den Sturz von Arroyos Vorgänger Estrada eingeleitet hat, blüht wie eh und je. Soldaten stecken mit Erpresserbanden unter einer Decke und werden an Lösegeldern beteiligt. Gewalt gegen Frauen — in Privatsphäre oder Öffentlichkeit — ist

nicht der Rede wert. Steuerhinterziehung durch die Reichen bleibt an der Tagesordnung, die Menschenrechtsverletzungen des Militärs und der Paramilitärs bleiben ungesühnt. Von der »Gewalt der Globalisierung« (Mario Candeis), der systemischen Kriminalität einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die auf der strukturellen Verletzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten basiert und die Demokratie ein Farce bleiben lässt, ganz zu schweigen. Arroyo betreibt bloße symbolische Politik — ganz wie bei ihren Programmen zur Armutsbekämpfung.

Zwei Minister sind in den letzten sechs Wochen zurückgetreten, Außenminister Guingona und der Bildungsminister Paul Roco.¹² Schon Mitte des Jahres hat die Regierung ihr angepeiltes Haushaltsdefizit nahezu überschritten, neue Kredite müssen aufgenommen werden. Der Wirtschaftsaufschwung lässt auf sich warten, die Wachstumsrate liegt unter 4 Prozent — bei einem Bevölkerungswachstum von über 3 Prozent also in Wirklichkeit fast Null.

Die hohen Strompreise, die v.a. auf die »Energieaufkaufanpassung« (Power Purchasing Adjustments — PPAs) aufgrund ungünstiger Abnahmeverträge mit »unabhängigen Stromproduzenten« (Independent Power Producers) zurückzuführen sind, hatten die Beliebtheitswerte der Präsidentin im Juni in den Keller fallen lassen.¹³

Da musste die Präsidentin handeln. Sie setzt auf Kriminalitätsbekämpfung. Und markiert den starken Macker. Der Krieg soll die Bevölkerung für die Regierung gewinnen und lenkt von innenpolitischen Problemen wie Korruption und wirtschaftspolitischen Fehlern ab — eine Strategie, die schon Estrada 2000 einen »totalen Krieg« gegen die Moro Islamic Liberation Front (MILF) führen ließ (siehe **südostasien** 2+3/2000). Arroyos Beliebtheitswerte haben ungeahnte Höhen erreicht.

Überwältigende 63 Prozent sind mit der US-Intervention gegen die Abu Syyaf zufrieden, nur 17 Prozent lehnen sie ab. In der Hauptstadtregion und den Visayas sind die Zustimmungsraten besonders hoch. Die Hälfte der Bevölkerung begrüßt, dass die AFP nun auch in anderen Regio-

nen eingesetzt werden soll, ob gegen NPA oder gegen die MILF.

Den Bock zum Gärtner gemacht

Im Juli hat Arroyo eine spezielle Verbrechensbekämpfungseinheit ins Leben gerufen, die »Taktiken militärischer Art« einsetzen soll, um Entführungsbanden zu bekämpfen. Rodrigo Duterte, Oberbürgermeister von Davao City, wurde auf einem »Antikriminalitätsgipfel« zum Leiter der »nationalen Beratungskommission

»Die Absicht der Kriminellen ist es, ihren Opfern Angst zu machen und sie zu töten. Was können wir anders tun, als sie auch zu töten. (...) Die Kriminellen haben kein Monopol auf das Böse.«

gegen das Verbrechen« berufen. Duterte schließt auch »extreme Maßnahmen« zur Verbrechensbekämpfung wie etwa außergerichtliche Hinrichtungen nicht aus. »Auge um Auge, Zahn um Zahn«, so umschrieb er seine Strategie auf dem Gipfel. »Die Absicht der Kriminellen ist es, ihren Opfern Angst zu machen und sie zu töten. Was können wir anders tun, als sie auch zu töten. (...) Die Kriminellen haben kein Monopol auf das Böse.«

Die Kriminalitätsrate in Davao soll unter Duterte gesunken sein. Die lokale Tourismusbehörde bezeichnet Davao mittlerweile als die »friedlichste Stadt Südostasiens.«¹⁴

Seine Methoden sind unkonventionell: In den letzten fünf Jahren sind mindestens 80 Verdächtige — v.a. Kinder und Jugendbanden, die des Drogenhandels oder Taschendiebstahls bezichtigt werden — auf den Straßen Davaos von Todesschwadronen (Vigilantes) hingerichtet worden. Allein in diesem Jahr sind ihnen bereits 29 Menschen zum Opfer gefallen. Taschendiebe hat Duterte persönlich im Rathaus mit einem Gürtel oder einem Kuhschwanz geschlagen.

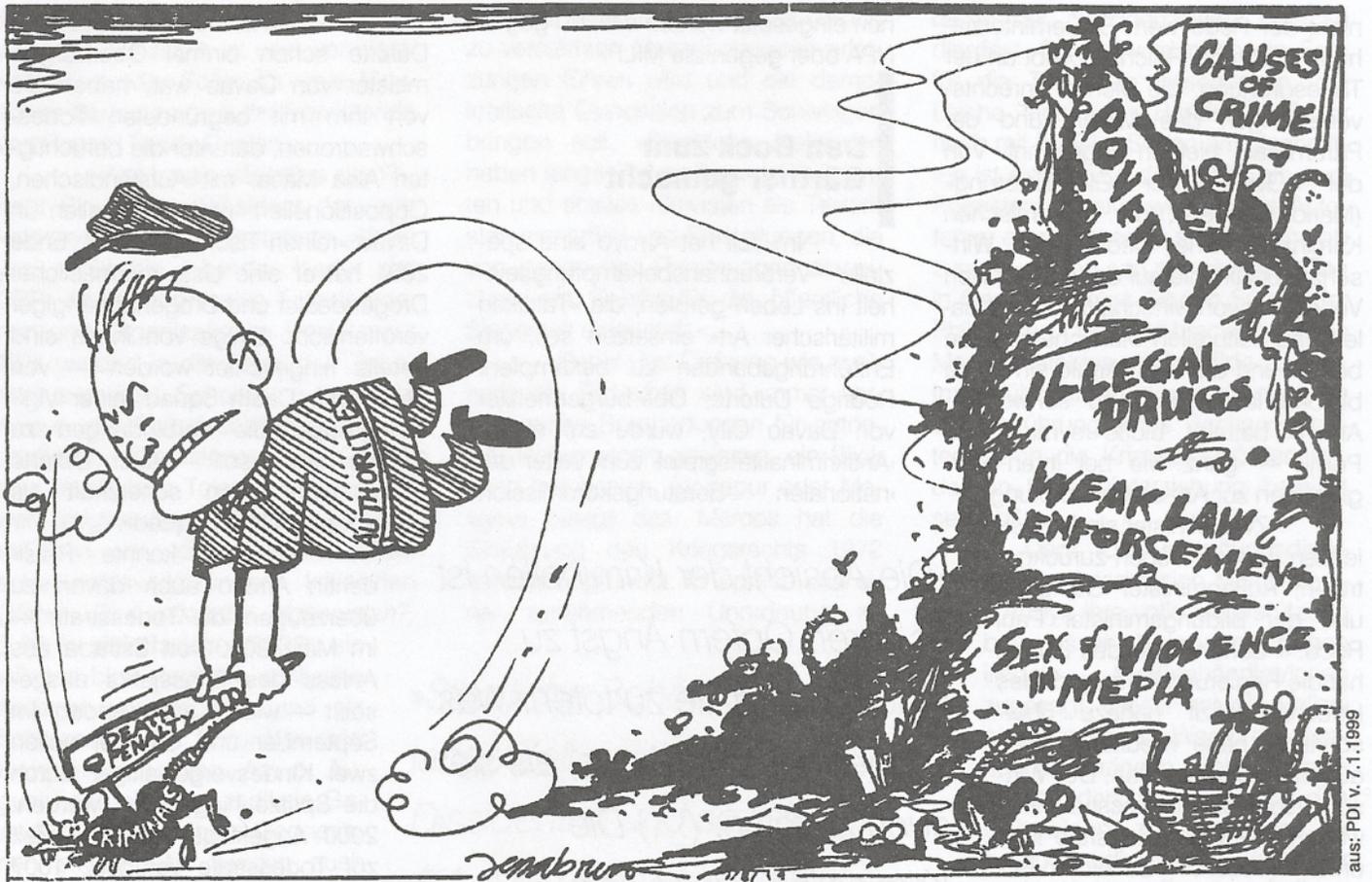
Schon Ende der 1980er, als Duterte schon einmal Oberbürgermeister von Davao war, haben die von ihm mit begründeten Todesschwadronen, darunter die berüchtigten Alsa Masa, mit Aufständischen, Oppositionellen und Kriminellen in Davao »reinen Tisch« gemacht. Ende 2001 hat er eine Liste mutmaßlicher Drogendealer und Drogenabhängiger veröffentlicht. Einige von ihnen sind bereits hingerichtet worden — von der Davao Death Squad, einer Vigilantengruppe, die Verbindungen zu Duterte haben soll — auch Duterte spricht von ihnen scherzhaft als »Duterte Death Squad«.

Duterte konnte Präsidentin Arroyo auch davon zu überzeugen, die Todesstrafe — im März 2000 von Estrada aus Anlass des Erlassjahrs ausgesetzt — wieder anzuwenden. Im September und Oktober sollen zwei Kindesvergewaltiger durch die Spritze hingerichtet werden. 2000 Angeklagte sind zur Zeit zur Todesstrafe verurteilt, 1007 sitzen im Todestrakt (darunter 28 Frauen und 12 Delinquenten, die zur Tatzeit noch unter 18 waren). 79 Todesurteile wurden bereits

vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Untersuchungen haben ergeben, dass die Todeskandidat/innen meist aus armen Verhältnissen kommen, wenig gebildet sind und sich gute Anwälte zur ihrer Verteidigung nicht leisten können.

Es ist Dutertes Null-Toleranz-Ansatz — für das Verbrechen und für das Rechtssystem —, der Anklang findet. »Die Menschen können sich nicht auf das Rechtssystem verlassen, also verlassen sie sich auf Duterte«, so der ehemalige Gouverneur von Misamis Oriental, Homobono Adaza.

Tatsächlich werden in den Philippinen viele Verbrechen erst gar nicht angezeigt. Oder die Anzeigen nicht weiter verfolgt. Es lohne sich nicht, meinen viele, denn die Erfolgsaussichten, dass die Täter tatsächlich verurteilt werden, seien gering — und der Schutz vor Racheakten kaum gegeben. Gerade wohlhabendere Täter können sich leicht durch Bestechung von Zeug/innen, Polizisten, Anklagebehörden und Richter/innen freikaufen. Armut, Arbeitslosigkeit, existenzielle Unsicherheit und ein ge-



aus: PDI v. 7.1.1999

schwächerer Staat treiben die Verbrechen ziffern weiter in die Höhe.

»Die Resonanz [auf Duterte]«, so Amando Doronila, »ist ein Zeichen der öffentlichen Unzufriedenheit mit den endlosen Kampagnen, welche die Regierungen nach Marcos in Gang gesetzt haben, um die Verbrechenssyndikate zu zerschlagen. Es hätte keine Dutertes, Alfredo Lims and Panfilo Lacsons [beide haben in Manila mit ähnlichen Methoden wie Duterte die Kriminalität zu bekämpfen versucht — die Red.] gegeben, wenn die Strafverfolgungsbehörden kompetenter, besser ausgestattet und weniger korrupt wären.«¹⁵

Schlanker Staat ist starker Staat

»Menschliche Sicherheit (Human Security), also ein Leben »ungefährdet von Hunger und fehlendem Einkommen, Krankheit, Verbrechen und Unterdrückung« wie der Begriff vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) umschrieben wird, sollte im Zentrum staatlicher Sicherheitspolitik stehen, nicht militärische Sicherheit. Doch heutzutage werden nicht die Ursa-

chen von Widerstand und Verbrechen angegangen, sondern ihre Folgen bekämpft — erfolglos wie im Fall der Abu Sayyaf. Notfalloperationen statt Prävention in Form struktureller Reformen. Stattdessen wird soziale Unsicherheit weltweit kriminalisiert.

Wo es nicht mehr gelingt, mit Hilfe von Überzeugungskraft, Zugeständnissen und Manipulation die eigene Macht in Form eines gesellschaftlichen Konsenses zu legitimieren und zu erhalten, indem die Beherrschten »sich selbst beherrschen im Interesse der Herrschenden« (Paolo Freire), sondern wo konkurrierende Gruppen die Aneignung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Oligarchie in Frage stellen — so könnte man in Anlehnung an Machiavelli und Gramsci feststellen —, bedarf es der offenen Anwendung von Zwang und Gewalt.

Nach Tony Evans hat der Staat im neoliberalen Zeitalter eine neue Rolle erhalten. Er soll »als Verwaltungseinheit fungieren, welche die Gesellschaft an die Bedingungen der neoliberalen Globalisierung anpasst und ihre Maximen umsetzt statt als unabhängige politische Entscheidungsinstanz tätig zu sein.« Dazu gehört unter anderem das, was so vernebelnd als »Standort« bzw.

»Investitionsklima« umschrieben wird: die Sicherstellung günstiger Profitbedingungen für das Kapital. Welche Form politischer Entscheidungsfindung dabei bevorzugt wird — ob formale Demokratie (Evans nennt sie Demokratie niedriger Intensität (low-intensity-democracy), »Entwicklungsdiktatur« oder autoritärer Staat — richtet sich in erheblichem Maße danach, welches Modell sich für diese Aufgabe am besten eignet.

Auch ob Politiker/innen und Wirtschaftsbesitzer ihre Reden eher am Diskurs der Menschenrechte, der Entwicklung, der individuellen, politischen und wirtschaftlichen Freiheit oder aber der Sicherheit und Repression ausrichten, ist davon abhängig.

»Wo die Demokratie niedriger Intensität nicht mehr in der Lage ist, Dissens zum Schweigen zu bringen«, so Tony Evans, »suchen Regierungen neue Strategien, um mit sozialen Unruhen fertig zu werden (...) nämlich Armenfürsorge und Aufruhrkontrolle. Wenn auch diese Strategien versagen, um politische und wirtschaftliche Destabilisierung zu verhindern, greifen Regierungen zu militärischer Gewalt. Wo soziale Unruhen die geschmeidige Fortführung der Globalisierung gefährden, werden Demokra-

tie und Menschenrechte hintangestellt. Entscheidungsmacher/innen fragen selten nach Rechenschaftspflicht, wenn die Beibehaltung der globalen politischen Ökonomie auf dem Spiel steht.«¹⁶

Zeitgenössische neoliberale Sozialphilosophen wie Buchanan, Nozick oder Friedman haben ihrem »Minimalstaat«, der die Züge eines Nachtwächterstaates aufweist, ein eindeutiges Design gegeben: Er hat allein die Aufgabe, das Eigentum und die geltenden Regeln zu schützen (der »schützende Staat« hat einen »wölfischen Diktatfrieden« zu sichern, so unumwunden James Buchanan), alles andere sei dem Markt zu überlassen.

Sicherheit wird zum nahezu einzigen öffentlichen Gut. Weniger Sozialstaat heißt mehr Polizeistaat. Für die »Oberen« die Freiheit, das heißt wirtschaftsliberale Staatsabstinenz, vor allem in punkto Steuererhebung und Beschäftigung; für die »Unteren« Staatspräsenz und Intoleranz gegenüber bestimmten öffentlichen Verhaltensweisen jener Bevölke-

rungstteile, die von allgemeiner Unterbeschäftigung und unsicheren Arbeitsverhältnissen einerseits und vom Abbau der sozialen Sicherung und der staatlichen Leistungen andererseits in die Zange genommen werden — das scheint das Design neoliberaler Gesellschaftspolitik weltweit zu sein.

Zynisch formuliert: unter neoliberaler Ägide ist es eine der zentralen Gestaltungsaufgaben des Staates, den Ausschluss eines wachsenden Teils der Bevölkerung aus der formellen Ökonomie und ihre Abdrängung in die Informalität (Unsicherheit und Marginalisierung) bzw. die Arbeitslosigkeit (Überflüssigsein bzw. Bereithalten als Reservearmee) zu möglichst geringen gesellschaftlichen Kosten zu bewerkstelligen. Sobald die Gesellschaft nicht mehr glaubwürdig Integration und Inklusion in die materielle Kultur versprechen kann (bieten kann sie das schon lange immer weniger Menschen), breitet sich Anomie aus. Arbeit ohne Sozialstandards, lokale Warlords und paramilitärische Bür-

gerwehren bzw. (organisierte) Kriminalität sind da nur verschiedene Seiten derselben Medaille.

Die »überflüssige Bevölkerung« muss kontrolliert werden, sie wird ghettoisiert — und kriminalisiert. »Zwischen sozialpolitischem Rückzug und strafrechtlicher Offensive des Staates besteht ideologisch wie praktisch ein organischer Zusammenhang« so Pierre Bourdieu schon 1998 in der *Le Monde diplomatique*. Sicherheit wird zudem zur Ersatzlegitimation eines Staates, der sich durch Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Weltmarktorientierung selbst kastriert hat. Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik kann der Staat noch Souveränität inszenieren, die er auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik längst aufgegeben hat.

Literatur

Tony Evans: *The Politics of Human Rights*, London, 2001

Anmerkungen

- 1) Über diese Behauptung von Seiten der philippinischen Regierung machen sich Abu Sayyaf Mitte August grausam lustig, als sie die Köpfe zweier enthaupteter Geiseln vor dem Militärlagerhauptquartier und auf dem Markt von Jolo postieren.
- 2) Von 14 Entführungsfällen im Januar und Februar 2002 im Umkreis von Manila schiebt die Regierung der NPA fünf in die Schuhe. Ob allerdings die Parteiführung diese angeordnet habe oder sie vielmehr nicht auf das Konto »verlorene Einheiten« gehe, bleibe noch zu klären.
- 3) Die Friedensverhandlungen mit dem maolistischen Bündnis NDF, dem auch CPP und NPA angehören und die seit Juni 2001 unterbrochen, sollen jedoch auf einer informellen Ebene fortgeführt werden.
- 4) Wenige Tage zuvor war Vizepräsident Teofisto Guingona aus dem Amt geschieden (oder geschieden worden); schon im Januar zu Beginn des Manövers Balikatan hatte er heftig gegen Arroyos uneingeschränkte Solidarität mit den Amerikanern protestiert. Seine kritische Haltung wurde nun zu einer zu großen Belastung; Arroyo hat ihn durch den US-freundlichen »Amboy« (American Boy) Blas Ople ersetzt.
- 5) Ein jüngst in den USA verabschiedetes Gesetz untersagt Militärhilfe für Länder, die dem ICC beitreten.
- 6) Es darf als sicher gelten, dass dieses Vorgehen mit Arroyo abgesprochen wurde. Sie hat sich von Anfang an als eine der treuesten Vasallinnen der USA in deren Krieg gegen den globalen Terror erwiesen — und wurde dafür von Washington finanziell und anderweitig großzügig unterstützt. »Streite niemals mit den USA, denn das können wir uns nicht leisten«, so die Präsidentin jüngst bei einer Gelöbnisfeier.
- 7) So merkt die Kolumnistin Marit Stinus-Remonde an: »Das Ablackeln von Bussen, nur um die Betreiber zu zwingen, Revolutionssteuern zu zahlen, ist ein Verbrechen, das unmittelbar das Leben der einfachen

- Menschen beeinträchtigt. Keine Weltanschauung kann das rechtfertigen. (...) Politiker zu töten ist nichts als Mord. Welches moralisches Recht nimmt sich die NPA heraus zu richten und hinzurichten?«
- 8) Viele von Arroyos »Vorwürfen an die CPP« ließen sich gleichermaßen gegen ihre Regierung und die öffentlichen Sicherheitskräfte wenden. Der illegale Einsatz von Gewalt etwa, Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung oder auch ein Verhalten, das »die Wirtschaft negativ beeinflusst, Beschäftigung behindert, Armut ansteigen lässt und das Leiden des Volkes verschlimmert.«
 - 9) Es sei in Ordnung, ein Kommunist zu sein, das sei nicht länger gegen das Gesetz, so lange man nicht zu den Waffen greife, um die Regierung zu stürzen, so Arroyo. Als »gute Kommunist/innen« bezeichnete sie etwa die Parteilisten Akbayan und Sanlakas. Nur: Beide Gruppierungen sind zwar links, kommunistisch sind sie beide allerdings nicht! Das nationaldemokratische Netzwerk BAYAN allerdings zählt die Präsidentin nicht zu jenen für sie akzeptablen Gruppierungen.
 - 10) Das Center for Trade Union and Human Rights (CTUHR) hat 226 Fälle von Verletzungen von Gewerkschaftsrechten seit Arroyos Amtsantritt dokumentiert, darunter Angriffe auf Streikposten, illegale Verhaftungen und Überwachung von Gewerkschaftsmitgliedern.
 - 11) Daronila spricht von einem »neuen McCarthyismus«, der den Trend gefährde, »dass die Linke auch den parlamentarischen Weg beschreitet und schließlich den bewaffneten Kampf aufgibt, um nachhaltige Veränderungen in Hinsicht auf die massiv ungleiche Verteilung von Wohlstand in der Gesellschaft zu erreichen (...) Vielmehr droht die Linke wieder in den Untergrund gehen zu müssen.«
 - 12) Roco gilt als politischer Konkurrent Arroyos, der auch bei den Präsidentschafts-

- wahlen 2004 antreten will. Er war bei den Präsidentschaftswahlen 1998 der Kandidat, den die progressiven Kräfte mehrheitlich unterstützt haben und dessen Chancen bei den Wahlen besser stehen sollen als die von Arroyo.
- 13) Zwar wurden die PPAs durch Präsidialdekret größtenteils von der Stromrechnung genommen, die Mehrkosten jedoch durch ein zusätzliches Haushaltsdefizit finanziert, statt diese Verträge zu annullieren. Dabei haben sich nur 6 von 35 Verträgen bei einer ersten Prüfung durch das Parlament als einwandfrei erwiesen — unter den 29 Projekten mit Mängeln befinden sich auch die heftig umstrittenen Großstaudämme San Roque und Cascanan in Nordluzon.
 - 14) Duterte ist eine schillernde Person; politisch korrekt gehörten zu seinem Kandidatenteam bei den Stadtratswahlen ein Moslem, ein Christ, ein Schwuler und ein Behinderter.
 - 15) Unverständlich aber bleibe, dass Arroyo als Ökonomin das Faustrecht als verlässliches Mittel der Verbrechensbekämpfung übernehme, so Daronila weiter. Sie müsse doch wissen, dass nur ein funktionierendes Rechtssystem langfristige Erfolge verspreche und außerlegale Abkürzungen das legale System nicht stärken, sondern schwächen. Eine sich für legitim erachtende Regierung habe anderen Standards zu genügen, für sie stehe mehr auf dem Spiel als für eine Rebellenarmee oder eine kriminelle Bande — »wie du mir, so ich dir« könne darum keine Maxime staatlichen Handelns sein.
 - 16) Interventionen von Seiten mächtiger Länder jedenfalls haben sich um ein Demokratiedefizit nie geschert, egal ob sie in Form direkter militärischer Interventionen (Vietnam), logistischer Unterstützung (Nicaragua) oder ökonomischer Vorschriften (Strukturanpassungsprogramme) vorstatten gingen.